

CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN

Russland hat gewählt … Atomkraft statt nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung

Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, Forschungsdirektor für Internationale Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Wie erwartet wurde Wladimir Putin am Montag als Präsident Russlands mit großer Mehrheit wiedergewählt. Dieses Amt hat er schon seit dem Jahr 2000 – mit einer kurzen Unterbrechung als Premierminister – inne; gleichzeitig verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage des Landes weiter, weil die Regierung nach der Aufbruchsstimmung Anfang der 1990er Jahre kein Rezept für eine nachhaltige Transformation gefunden hat und neuerdings sogar auf Atomwirtschaft setzt.

Die russische Wirtschaft, die die wirtschaftliche Theorie eines David Ricardo insofern widerlegt, als dass sie in keinem einzigen Sektor einen Wettbewerbsvorteil zu haben scheint, steht heute instabil da wie selten zuvor. Seit vielen Jahren stagniert die Wirtschaftsproduktion, Reallöhne ebenfalls, der private Konsum ist in großen Teilen der Bevölkerung rückläufig, ausländische Direktinvestitionen sind zurückgegangen. Und selbst Erdöl- und Erdgasexporte, lange Zeit der letzte Halm der Volkswirtschaft, werden in absehbarer Zeit zumindest für die Energiewende in Deutschland und Europa nicht mehr gebraucht.

Anstatt sich ernsthaft mit Wirtschaftsreformen zu beschäftigen, setzt der alte und neue Präsident Putin auf Staatswirtschaft und in zunehmendem Maße auf einen Sektor, in dem Russland niemals einen komparativen Vorteil hatte: die Atomwirtschaft. So präsentierte Putin bei der zentralen Rede an die Nation am 1. März 2018 bombastische militärische Ausbaupläne, inklusive einer neuen Generation von Atomwaffen; dies brachte ihm beim anwesenden Publikum (Partei-, Kultur- und Wirtschaftseliten) stehenden Applaus – und sorgte beim Rest der Welt für Kopfschütteln beziehungsweise gesteigerte Nervosität. Die Militärausgaben Russlands steigen seit einigen Jahren schneller als der Haushalt. Zwar baut das Land nukleare Sprengköpfe zurück, jedoch werden umfangreiche Ausbaupläne im Bereich strategischer und „nicht strategischer" Atomwaffen sowie land-, see- und luftgestützer Raketensysteme betrieben.

Auch im Bereich der Atomkraftwerke zur Stromerzeugung setzt Russland auf eigene Produktion sowie massive Exportbemühungen. So bestehen Pläne für den Bau einer zweistelligen Anzahl neuer Atomkraftwerke, inklusive eines schnellen Brüters sowie „kleiner, modularer Atomreaktoren", einem besonderen Lieblingskind russischer Atomphysiker. Neben der innenpolitischen Wirkung – Atomkraft ist trotz Tschernobyl und Fukushima eine in Russland politisch gewollte und von Eliten stark unterstützte Energieform – hat die russische Atomstrategie auch außenpolitische Konsequenzen: Russland möchte im atomaren Wettlauf, insbesondere mit den USA und China, mithalten.

So verfolgt es derzeit eine „atomare Diplomatie", indem es durch de facto Verschenken russischer Atomtechnologie Partner zu halten beziehungsweise zu gewinnen versucht. So ist der staatliche AKW-Baukonzern Atomstroy derzeit am Bau von Atomkraftwerken in Weißrussland, China und Indien aktiv, zudem verhandelt es Verträge mit Armenien, Bangladesch, den Erzfeinden Iran und Saudi-Arabien, Südafrika, der Türkei und Vietnam; mit Finnland und Ungarn befinden sich auch zwei EU-Länder auf der Liste der Verhandlungspartner. Das „Geschäftsmodell" ist in vielen Fällen ein „build-operate-transfer" (BOT), bei dem Russland sowohl die Investitions- als auch die anfänglichen Betriebskosten trägt. Mit jedem abgeschlossenen Geschäft steigt somit das makroökonomische Risiko.

Das russische Atomprogramm lässt also nicht nur Diplomaten, sondern auch Ökonomen erschrecken. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und des Fehlens anderer erfolgreicher Sektoren setzt Russland auf militärische Stärke und alle Formen der Atomkraft. Dies birgt nicht nur politische sondern auch makroökonomische Sprengkraft. Auch hierfür haben sich über drei Viertel der russischen Wähler ausgesprochen.

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Mathias Klein; Max Hanisch

Redaktion
Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**